



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und
Rechtsfragen/Vergabe/Internationales**

In Vertretung Frau Ertel

Telefon: (0221) 221-25786

Fax: (0221) 221-26565

E-Mail: viktorja.ertel@stadt-koeln.de

Datum: 18.02.2011

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 24.01.2011, 15:30 Uhr bis 17:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Winrich Granitzka CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Monika Möller	SPD	ab 15:55 Uhr
Herr Michael Neubert	SPD	
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Dr. Ralph Elster	CDU	
Frau Gisela Manderla	CDU	
Herr Werner Marx	CDU	
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Andreas Wolter	GRÜNE	
Herr Volker Görzel	FDP	
Herr Frank Maul	PRO KÖLN	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Dr. Heinz Dieter Klein	auf Vorschlag der SPD	ab 16:00 Uhr
Frau Iris Koppmann	auf Vorschlag der SPD	
Herr Oliver Krens	SPD	

Herr Axel Hopfau	auf Vorschlag der CDU
Herr Julius Knappertsbusch	auf Vorschlag der CDU
Herr Franz Hess	auf Vorschlag der GRÜNEN
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Herr Michael Kühle	FDP-Fraktion (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Illya Kozyrev	auf Vorschlag der FDP

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Markus Danuser	KLuST e.V.
---------------------	------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Rudolf Schaefers	PRO KÖLN
Herr Dr. Manfred Hoffmann	auf Vorschlag der LINKEN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Adelheid Langes	Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft
Frau Filiz Kalaman	LDK

Verwaltung

Herr Thomas Blaeser
Frau Dagmar Dahmen
Herr Ingo Fleischer
Frau Ursula Herx
Herr Peter Hoven
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen
Herr Robert Kilp
Herr Hans-Joachim Mohr
Herr Hans-Jürgen Oster
Herr Hans-Jürgen Petry
Herr Dieter Sanden
Herr Frieder Wolf

Gleichstellungsbeauftragte

Frau Christine Kronenberg

GPR

Herr Friedel Giesen-Weirich

Schriftführerin

Frau Viktoria Ertel

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Katharina Roy

auf Vorschlag der CDU

Die Verwaltung schlägt zur Aufnahme in bzw. Absetzung von der Tagesordnung vor:

I. Öffentlicher Teil

- 2.1 Teilnahme Stadt Köln an der Konferenz des Weltverbandes der Kommunen in Mexiko
5345/2010
- 3.6 Beantwortung einer Anfrage von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.12.2010
Sachstand aktueller Frauenförderplan
5171/2010
>>Tischvorlage
- 4.8 **zurückgezogen**
Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige - Ausbauplanung bis 2013
hier: Änderung der "Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen und außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagschulen"
4866/2010
- 4.9 Personenfreizügigkeitsregelungen nach der EU-Osterweiterung
hier: Situation der Familien bulgarischer und rumänischer Herkunft
5464/2010
- 6.1.1 Stellungnahme der Verwaltung
Schwerpunktkontrollen der KVB
0266/2011
>>Tischvorlage
- 6.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19.01.2011
AN/0161/2011
>>Tischvorlage
- 10.1 Leitbild Köln 2020
Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010
Aufgrund fehlender Beschlussfassung des Integrationsrates bittet die Verwaltung, die Vorlage zurückzustellen.
- 10.4 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See
Parkraumbewirtschaftung für den Zeitraum 2011 – 2014
0013/2011
>>Tischvorlage
- 10.5 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See
Sanitäre Versorgung der Besucher für den Zeitraum 2011 – 2014

0015/2011

>>Tischvorlage

II. Nichtöffentlicher Teil

16.4 Feststellung des Bedarfs zur Beauftragung eines Fondsmanagers und eines externen Beraters für die Einrichtung eines Immobilienspezialfonds bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Versorgungskassen
5196/2010

16.5 Kindertageseinrichtung Jakobsweg, Widdersdorf - Anmietbeschluss und Trägerschaft
2583/2010
>>Tischvorlage

Herr Granitzka wendet sich in Bezug auf die Vorlage 2583/2010 unmittelbar an die Verwaltung. Diese Vorlage sei bei ihm am 21.01.2011 um 14:45 Uhr eingegangen. Es gäbe Klagen in allen Ausschüssen und auch im Rat, dass die Vorlagen teilweise so spät vorliegen würden. Er bittet, die Vorlagen fristgerecht einzureichen, um die Vorlagen in den Fraktionen auch entsprechend beraten zu können.

Herr Wolter unterstützt die Anmerkung und bezieht dieses Thema auch auf Vorlagen, in denen der Ausschuss beschlussfassend ist.

Der Ausschuss beschließt, die Vorlagen 2225/2010 (TOP 10.1), 3345/2010 (TOP 10.2), 0013/2011 (TOP 10.4), 0015/2011 (TOP 10.5), 2583/2010 (TOP 16.5) zu vertagen. Des Weiteren beschließt der Ausschuss, die Vorlage 5196/2010 (TOP 16.4) ohne Votum in den Finanzausschuss zu geben.

Der Ausschuss ist mit der Tagesordnung in folgender Fassung einverstanden:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Internationales

- 2.1 Teilnahme Stadt Köln an der Konferenz des Weltverbandes der Kommunen in Mexiko
5345/2010

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 3.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen Vergabep Praxis beim "Konjunkturpaket II " und "faire Vergabe"
4837/2010
- 3.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Granitzka vom 05.07.2010
Weiteres Vorgehen bezüglich der "Klagemauer" und Einwirkungs- und Untersa-
gungsmöglichkeiten
5086/2010
- 3.3 Beantwortung einer Anfrage von Frau Möller vom 06.09.2010
Absichtserklärung zum EU-Projekt SMARTi+P
4380/2010
- 3.4 Beantwortung einer ergänzenden Anfrage von RM Frau Gärtner in der Sitzung des
Gesundheitsausschusses am 06.07.2010
Nichtraucherschutz, Verstärkung der Kontrollen
4869/2010
- 3.5 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 06.12.2010
Elternzeit in der städtischen Verwaltung
5342/2010
- 3.6 Beantwortung einer Anfrage von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
02.12.2010
Sachstand aktueller Frauenförderplan
5171/2010

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Vorbeugende und ahnende Maßnahmen gegen Werbeaufkleber
5201/2010
- 4.2 Ausbildungsbericht 2010
4867/2010

- 4.3 Verkaufsoffener Sonntag am 31.10.2010 (Reformationstag) in den Stadtteilen Innenstadt, Severinsviertel, Poll und Kalk
4800/2010
- 4.4 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge
5326/2010
- 4.5 Sachstandsbericht zur Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung
5408/2010
- 4.6 Vorübergehende Aussetzung von Abschiebungen nach Serbien und in den Kosovo
5474/2010
- 4.7 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Dezember 2010
5479/2010
- 4.8 **zurückgezogen**
Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige - Ausbauplanung bis 2013; Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII
hier: Änderung der "Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen und außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagschulen"
4866/2010
- 4.9 Personenfreizügigkeitsregelungen nach der EU-Osterweiterung
hier: Situation der Familien bulgarischer und rumänischer Herkunft
5464/2010
- 5 Allgemeine Verwaltungsorganisation**
- 6 Schriftliche Anfragen**
- 6.1 Anfrage der Fraktion Pro Köln vom 22.12.2010
Schwerpunktkontrollen der KVB
AN/2388/2010
- 6.1.1 Stellungnahme der Verwaltung
Schwerpunktkontrollen der KVB
0266/2011
- 6.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19.01.2011
Betriebsvereinbarung zur Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen
AN/0161/2011

7 Mündliche Anfragen

8 Anträge

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Leitbild Köln 2020

Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht
2225/2010

10.2 Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für
den Verkehr mit den in der Stadt Köln zugelassenen Taxen - Kölner Taxitarif -
3345/2010

10.3 Nachbesetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit
5126/2010

10.4 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See
Parkraumbewirtschaftung für den Zeitraum 2011 - 2014
0013/2011

10.5 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See
Sanitäre Versorgung der Besucher für den Zeitraum 2011 - 2014
0015/2011

II. Nichtöffentlicher Teil

11 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

12 Mitteilungen der Verwaltung

13 Schriftliche Anfragen

14 Mündliche Anfragen

15 Anträge

16 Allgemeine Vorlagen

16.1 Einleitung von Vergabeverfahren nach VOL/A zum Abschluss von Rahmenverträgen
für den städtischen Allgemeinbedarf
4562/2010

16.2 Einleitung des Vergabeverfahrens zum Abschluss des Rahmenvertrages über die
Beschaffung von Möbeln für den Elementar- und Primarbereich (Mobilier für Kinder-
tagesstätten und die Betreuung in den Schulen)
4566/2010

- 16.3 Einleitung eines Vergabeverfahrens (VG/KT Willy-Brandt-Platz 2 + 3)
5124/2010
- 16.4 Kindertageseinrichtung Jakobsweg, Widdersdorf - Anmietbeschluss und Trägerschaft
2583/2010
- 16.5 Feststellung des Bedarfs zur Beauftragung eines Fondsmanagers und eines externen Beraters für die Einrichtung eines Immobilienspezialfonds bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln in Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Versorgungskassen
5196/2010

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1.1 Vorstellung der Veranstaltungen "Emina putzt - Vorurteile weg!" und "Frauen steigen auf!"

Frau Kronenberg stellt die Veranstaltungen „Emina putzt - Vorurteile weg!“ und „Frauen steigen auf!“ vor.

Die Öffentlichkeitskampagne mit dem Titel „Emina putzt – Vorurteile weg!“ setzt sich mit dem Thema „Eminas Arbeitsplatz“ auseinander. An der Kampagne beteiligen sich unter anderem IN VIA Köln, die katholische Fachhochschule, das Interkulturelle Referat, die Agentur für Arbeit und das Amt für Gleichstellung von Frauen und Männern. Es wird eine sehr große Plakataktion in der Stadt stattfinden. Am 03.02.2011 findet die Auftaktveranstaltung im Rautenstrauch-Joest-Museum statt. Das Kernziel ist, auf die Potenziale junger qualifizierter Frauen mit Migrationshintergrund aufmerksam zu machen. Unternehmen sollen auf diese Potenziale aufmerksam gemacht werden.

Die zweite Veranstaltung „Frauen steigen auf!“ findet am 02.02.2011 im Historischen Rathaus statt. Herr Oberbürgermeister Roters ist an der Gestaltung der Networking-Veranstaltung für alle Frauen des höheren Dienstes beteiligt. Auch werden alle Dezernentinnen anwesend sein und an Thementischen für einen Erfahrungsaustausch zur Verfügung stehen.

Die Flyer zu den Veranstaltungen liegen den Ausschussmitgliedern vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2 Internationales

2.1 Teilnahme Stadt Köln an der Konferenz des Weltverbandes der Kommunen in Mexiko 5345/2010

Die Mitteilung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2.2 Nahostreise von Oberbürgermeister Roters vom 16.12. bis 21.12.2010

Herr Wolf berichtet über die Reise von Herrn Oberbürgermeister Roters in die Partnerstädte Bethlehem und Tel Aviv. Ein ausführlicher Bericht wird zur nächsten Sitzung vorliegen.

In Bezug auf TOP 3.2 informiert Herr Wolf, sowohl der Tel Aviver Oberbürgermeister als auch der Israelische Vize-Premierminister haben die Kölner Klagemauer thematisiert. Sie nähmen die Resolution positiv zur Kenntnis.

Die Ministerpräsidentin des Landes NRW reise voraussichtlich im März dieses Jahres nach Palästina. Hinsichtlich der Vorbereitung des Besuches stehe Herr Wolf in Kontakt mit der Staatskanzlei. Erwogen werde zum Beispiel, den Punkt Städtepartnerschaften zu thematisieren.

Des Weiteren habe die Stadt Bergisch Gladbach am 09.01.2011 einen Städtepartnerschaftsvertrag mit Beit Jala, der Nachbarstadt von Bethlehem, unterzeichnet. Somit gäbe es eine weitere Stadt mit einer Städtepartnerschaft in Palästina. Die Stadt Köln sei nach wie vor die

einzigste Stadt, die sowohl mit einer Stadt in Israel als auch mit einer Stadt in Palästina eine Städtepartnerschaft pflege.

Auf Nachfrage von Frau von Bülow erläutert Herr Wolf, zurzeit werde geprüft, den runden Tisch, an dem die Resolution entstanden sei, einzuberufen. Es gäbe zahlreiche Stellungnahmen, die oft auch direkt bei den Mitunterzeichnern der Resolution eingegangen seien. Die Verwaltung und die Unterzeichner der Resolution würden gemeinsam überlegen, wie auf die Stellungnahmen geantwortet werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2.3 Turku als europäische Kulturhauptstadt

Herr Wolf berichtet, Turku sei in diesem Jahr europäische Kulturhauptstadt. Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes habe in Vertretung des Oberbürgermeisters an der Eröffnungsfeier am 15.01.2011 teilgenommen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

2.4 Unterstützung von Tunis

Herr Wolf berichtet, mit großer Aufmerksamkeit würden die Entwicklungen in der Partnerstadt Tunis verfolgt werden. Die Verwaltung stehe in engem Kontakt mit der Deutschen Botschaft. Mit der Stadt Köln gäbe es acht deutsche Städte, die eine Partnerschaft mit Kommunen in Tunesien pflegen. Die anderen Städte würden eingeladen werden, um gemeinsam zu beraten, wie der Aufbau lokaler Selbstverwaltungsstrukturen in Tunesien unterstützt werden kann. Ziel sei es, von kommunaler Seite Vorschläge gegenüber dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu erarbeiten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

3 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

3.1 Beantwortung einer Anfrage der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen Vergabepraxis beim "Konjunkturpaket II " und "faire Vergabe" 4837/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Dr. Welpmann weist zur Ziffer 4 der Vorlage darauf hin, der Ratsbeschluss sei seiner Auffassung nach nicht nach Vergabearten differenziert. Dennoch werde im geplanten städtischen Konzept Angaben zur Anwendung des Ratsbeschlusses auf die VOB gemacht. Der Ratsbeschluss soll unverzüglich umgesetzt werden. Ein Konzept sei daher nicht erforderlich. Der Ratsbeschluss sei über 2 Jahre alt.

Zu Ziffer 5 weist Herr Dr. Welpmann auf die Erlasse des Landes NRW hin, indem Kinderarbeit geächtet werde und das Vergabekriterium Umweltschutz zu achten sei. Diese Kriterien könnten ebenfalls, soweit rechtlich möglich, berücksichtigt werden.

Herr Neubert teilt mit, seine Fraktion sei einverstanden, dass die entsprechenden Dateien im Excel-Format zugesendet werden.

**3.2 Beantwortung einer Anfrage von Herrn Granitzka vom 05.07.2010
Weiteres Vorgehen bezüglich der "Klagemauer" und Einwirkungs- und Unter-
sagungsmöglichkeiten
5086/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Granitzka bemängelt, die Antwort sei nicht zufriedenstellend. Es sei nicht erkennbar, warum die Polizei die Dauerdemonstration zulasse und nicht versucht werde, die Angelegenheit gerichtlich zu klären. Dass die Verwaltung in der Angelegenheit nicht zuständig sei, sei ebenfalls bekannt.

Herr Kahlen erläutert, die Angelegenheit wurde bereits am runden Tisch, an dem auch die Polizei und die Staatsanwaltschaft vertreten seien, angesprochen. Es gäbe Gerichtsurteile, unter anderem des Berliner Oberverwaltungsgerichts, zu einer ähnlichen Verhaltensweise von Herrn Hermann mit dem Ergebnis, dass sein Verhalten und die aufgestellten Stellwände unter die grundrechtlich geschützte Meinungsfreiheit falle. Aufgrund der Entscheidung aus Berlin gäbe es keinen rechtlichen Ansatz, um den heutigen Tatbestand zu verändern.

Herr Granitzka kann die Haltung nachvollziehen.

**3.3 Beantwortung einer Anfrage von Frau Möller vom 06.09.2010
Absichtserklärung zum EU-Projekt SMARTi+P
4380/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**3.4 Beantwortung einer ergänzenden Anfrage von RM Frau Gärtner in der Sitzung
des Gesundheitsausschusses am 06.07.2010
Nichtraucherschutz, Verstärkung der Kontrollen
4869/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage von Herrn Wolter erläutert Herr Kilp, bei den zwei Verfahren, die im vorletzten Absatz der Vorlage erwähnt werden, handle es sich um grundlegende Fragen in Bezug auf Raucherklubs. Sie beinhalten die Umgehungstatbestände im Nichtraucherschutzgesetz. Wie das Urteil ausfallen werde, sei derzeit nicht bekannt. Die Verwaltungsverfahren zögen sich hin.

Auf Rückfrage von Herrn Hopfau erklärt Herr Kilp, Verwarnungen können sowohl gebührenfrei als auch gebührenpflichtig bis 35 EUR verordnet werden. Ordnungswidrigkeiten würden erteilt, aber nicht kriminalisieren. Im Verwaltungsverfahren könnten Ordnungsverfügungen erlassen werden, die mit einer Zwangsgeldandrohung verbunden seien. Die Anordnung ziele auf eine grundlegende Änderung des Verhaltens. Die Zwangsgeldandrohung bezöge sich dabei auf den Fall, dass der Betroffene die angeordnete Änderung nicht umgesetzt hat und demnach weiterhin eine Zuwiderhandlung vorliege. Beschwerden über Verwarnungen und Geldbußen im Ordnungswidrigkeitenrecht würden vom Amtsgericht entschieden.

Bei Ordnungsverfügungen befinde man sich, wenn der Betroffene sich juristisch wehren möchte, im Klageverfahren, das vor dem Verwaltungsgericht bzw. im Berufungsfalle beim Oberverwaltungsgericht in Münster entschieden werde. In diesem Fall kann mehr bewirkt werden, um die einzelnen Fallkonstellationen zu prüfen und Zweifelsfragen des Gesetzes zu klären.

**3.5 Beantwortung einer Anfrage von Frau Manderla vom 06.12.2010
Elternzeit in der städtischen Verwaltung
5342/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Manderla bedankt sich für die kurze und klare Antwort. Als Ergänzung bittet sie um Mitteilung, wie lange die in Anspruch genommene Elternzeit der männlichen Mitarbeiter der städtischen Verwaltung dauere und ob die Väter ihre Elternzeit während oder nach dem Mutterschutz in Anspruch nähmen.

**3.6 Beantwortung einer Anfrage von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
02.12.2010
Sachstand aktueller Frauenförderplan
5171/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis. Die fehlende Anlage wird nachgereicht.

Frau von Bülow kritisiert, zum 01.01.2011 sei noch kein neuer Frauenförderplan vorgelegt worden und sie bedauert, dass rechtliche Sanktionen fehlen, wenn in den Dezernaten nicht die Ergebnisse erzielt würden, die vorgegeben seien.

Herr Kahlen erläutert, der kommende Frauenförderplan werde die Ergebnisse der vergangenen drei Jahre berücksichtigen. Diese würden noch auf Barrieren und strukturellen Schwächen hin analysiert werden. Als positives Ergebnis verweist er auf die hervorragende Quote bei den Dezernentinnen. Die erste Analyse zeige, dass man auf den richtigen Weg sei.

Frau von Bülow weist auf die bestehende Gewaltenteilung zwischen Verwaltung und Politik hin. Die Politik habe durch die Wahl der Dezernentinnen die positiven Ergebnisse erzielt.

Herr Detjen regt an, wenn das Konzept entwickelt werde, die rechtlichen und praktischen Situationen in anderen europäischen Ländern wie zum Beispiel in Schweden in die Betrachtung mit einzubeziehen.

Frau Kronenberg erläutert, der Frauenförderplan beinhalte die Analyse der einzelnen Laufbahngruppen. Das Zahlenwerk umfasse die Analyse von 17.000 Beschäftigten und werde derzeit mit dem Stand vom 31.12.2010 ausgewertet. Darüber hinaus würde ein Workshop mit den Dezernaten durchgeführt worden, um Ergebnisse und Erfahrungen in den neuen Frauenförderplan einfließen zu lassen. Bis zu den Sommerferien werde ein neuer Frauenförderplan vorliegen. Bis dahin würden weitere Maßnahmen umgesetzt; das geltende Gesetz fände Anwendung.

4 Mitteilungen der Verwaltung

**4.1 Vorbeugende und ahnende Maßnahmen gegen Werbeaufkleber
5201/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Neubert regt in Bezug auf die unter Punkt 1 genannten Einsatzschwerpunkte an, in Betracht zu ziehen, dieses auch weiter in die Bezirke, in denen es auch Schwerpunkte geben kann, zu geben.

4.2 Ausbildungsbericht 2010 4867/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Granitzka kritisiert, viel sei ausgebildet, aber nicht jeder Auszubildende sei übernommen worden.

Auf Nachfrage von Frau Manderla erläutert Herr Kahlen, die Ausbildung sei einerseits von der Bedarfsplanung abhängig. Im technischen Bereich würden Stellen frei werden, auf die zielgerichtet ausgebildet werde. Andererseits werde mit der Zustimmung des Ausschusses aufgrund der 6%igen Ausbildungsquote über Bedarf ausgebildet. In diesem Fall werde den Auszubildenden aus Fürsorgegründen häufig eine Anschlussbeschäftigung ermöglicht. Die Entlassung in die Arbeitslosigkeit werde verhindert. Es sei keine generelle Lösung, sondern es müsse analysiert werden, wie die Bedarfssituation sei und inwiefern man den Kapazitäten der städtischen Verwaltung vertraue, über Bedarf auszubilden und weiter zu vermitteln. Dies beziehe sich auch auf die Einstellungen im Jahr 2011. Mit der Personalvertretung werde erörtert, unter welchen Konditionen ausgebildet werde, auch in Bezug auf die finanzielle Belastung und wie die Konditionen zur Übernahme gestaltet seien. Im April dieses Jahres gäbe es Aussagen zum Sachstandsbericht. Darüber hinaus gäbe es auch Situationen, in denen anfangs über Bedarf ausgebildet werden würde, sich aber nach der Ausbildung ein Bedarf gebildet habe. Eine Umschichtung und Reduzierung im Bereich Ausbildung werde ohne Verletzung der 6%igen Ausbildungsquote durchgeführt. Des Weiteren verweist Herr Kahlen auf den Doppeljahrgang beim Abitur im Jahr 2013, bei dem erneut zusätzliche Kapazitäten abverlangt werden würden.

Herr Detjen merkt an, als die 6%ige Ausbildungsquote beschlossen wurde, sei der Überbedarf eindeutig und beabsichtigt gewesen. Dies beziehe sich auch auf den gewerblich-technischen Bereich, in dem eine hohe Arbeitslosigkeit zu erwarten sei. Herr Detjen lobt, dass die Verwaltung bei der Migrantenquote 29% erreicht habe. Er sei zuversichtlich, dass die Quote gesteigert werden kann. Im Bereich der Bewerbungen von Menschen mit Behinderungen bemängelt er, nur 2% haben sich beworben. 8% der Bevölkerung seien junge Menschen mit Behinderung. Er regt an, gemeinsam mit dem Landschaftsverband Rheinland eine Strategie zu entwickeln oder in Förderschulen potenzielle Bewerber direkt anzusprechen.

Auf Bitten von Herrn Detjen ergänzt Herr Giesen-Weirich die Anmerkungen von Herrn Kahlen. Der Rat habe beschlossen, einen gewissen Prozentsatz auszubilden und nicht, sie automatisch zu übernehmen. Dem ginge voraus, dass es besser sei, junge Menschen auszubilden anstatt sie in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Das Problem läge bei den strukturellen Beschlüssen wie zum Beispiel beim Haushalt. Die Möglichkeiten, Auszubildende zu übernehmen, seien begrenzt.

4.3 Verkaufsoffener Sonntag am 31.10.2010 (Reformationstag) in den Stadtteilen Innenstadt, Severinsviertel, Poll und Kalk 4800/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Detjen unterrichtet den Ausschuss, nach den letzten Beschlüssen in Bezug auf Sonntage in 2011 sei die Regierungspräsidentin angerufen worden, aber es liege noch keine Nachricht vor.

Herr Granitzka merkt an, der nächste Reformationstag auf einem Sonntag werde im Jahr 2021 stattfinden.

4.4 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge 5326/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Neubert lobt die Verwaltung, dass die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge nun auf die Quote angerechnet werden.

Auf Nachfrage von Herrn Detjen erläutert Frau Dahmen, das Ausländeramt arbeite mit dem Jugendamt eng zusammen. Zwischen der Meldung bei der Ausländerbehörde bis zur Zusammenarbeit mit dem Jugendamt vergehe ein bis zwei Stunden. Es werde ein Vormund bestellt, damit der Jugendliche nicht allein gelassen werde. Der minderjährige Flüchtling sei somit maximal 24 Stunden in seinen Rechten nicht vertreten. Des Weiteren habe die Ausländerbehörde Rahmenverträge mit Dolmetschern für alle Sprachen inklusive mit den Dialekten, die in der Stadt Köln benötigt würden und die würden dem Jugendamt zur Verfügung gestellt.

4.5 Sachstandsbericht zur Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung 5408/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Herr Kahlen erklärt, es sei angestrebt worden, den Ausgleich ab 01.01.2008 nachträglich zu Gunsten der Kommunen zu korrigieren; dies sei vom Verfassungsgericht leider abgelehnt worden. Die Umsetzung des Konnexitätsprinzips sei auf dem Prüfstand gewesen. Der Gesetzgeber habe die Aufgabe, im Rahmen der Evaluierung für neue wirksame Ausgleichsparameter zu sorgen und die Instrumente des Ausgleichs zu präzisieren. In der aktuellen Debatte in Bezug auf ausreichende Ausgleichs für die Zukunft bittet Herr Kahlen um Unterstützung auch in Düsseldorf.

4.6 Vorübergehende Aussetzung von Abschiebungen nach Serbien und in den Kosovo 5474/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.7 Aktuelle Informationen zum Bleiberecht - Dezember 2010 5479/2010

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.8 zurückgezogen Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige - Ausbauplanung bis 2013; Kindertagespflege nach § 23 SGB VIII hier: Änderung der "Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen zu Kindertageseinrichtungen und außerunterrichtlichen Angeboten der Offenen Ganztagschulen" 4866/2010

**4.9 Personenfreizügigkeitsregelungen nach der EU-Osterweiterung
hier: Situation der Familien bulgarischer und rumänischer Herkunft
5464/2010**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt, der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Frau Manderla bittet, dass die Vorlage auch dem Sozialausschuss zur Kenntnis gegeben wird.

Herr Detjen kritisiert, Arbeitssuchende mit einfachen Qualifikationen aus Bulgarien und Rumänien würden bestimmte Zuzugsbeschränkungen haben und Akademiker nicht. Er hält dies für verfassungswidrig, da es eine Ungleichbehandlung von Menschen nach Berufsstand sei.

5 Allgemeine Verwaltungsorganisation

6 Schriftliche Anfragen

**6.1 Anfrage der Fraktion Pro Köln vom 22.12.2010
Schwerpunktkontrollen der KVB
AN/2388/2010**

**6.1.1 Stellungnahme der Verwaltung
Schwerpunktkontrollen der KVB
0266/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde zur Sitzung verteilt. Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.2 Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 19.01.2011
Betriebsvereinbarung zur Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen
AN/0161/2011**

7 Mündliche Anfragen

7.1 Haus des Jugendrechts

Auf Rückfragen von Frau von Bülow und Frau Manderla erklärt Herr Kahlen, der Mietvertrag zum Haus des Jugendrechts sei nach einer langen Analyse von Vergleichsobjekten abgeschlossen worden. Die Angebote hätten sich zwischen 10 und 18 EUR/m² bewegt. Entscheidend sei die strukturelle Distanz zur Justiz und eine dennoch gute Erreichbarkeit für eine gute Kommunikation gewesen. Der Mietpreis im Leerstand habe 10 EUR/m² betragen. Nach den Anforderungen der Raumorganisation für die beteiligten Institutionen Polizei, Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe und für die Bewährungshilfe seien insgesamt 80 % der Fläche in einen neuen Zustand gebracht worden. Die Kosten der Umbauten würden durch die Miete refinanziert werden. Es seien somit keine Investitionskostenzuschüsse nötig gewesen. Daher käme der Mietpreis von 14,50 EUR/m² nach Berücksichtigung des Umbaus zustande. Bei den Umbauten seien die spezifischen Bedarfe der Institutionen berücksichtigt worden. Das Innenministerium habe die Frage der Angemessenheit der Miete ebenfalls überprüft. Nach einem Jahr Praxis habe sich das Haus des Jugendrechts vom Standort her, von der Raumsitua-

tion, der technischen Infrastruktur und der strukturellen Distanz zum Justizgebäude Luxemburger Straße als erfolgreich herausgestellt.

Auf Rückfrage von Herrn Detjen erläutert Herr Kahlen, das Thema Spielhalle sei vor Abschluss des Mietvertrages bekannt gewesen. Vom Vermieter habe die mündliche Zusage vorgelegen, dass keine unvereinbaren Nutzungen im Mietobjekt untergebracht werden. Der Eigentümer hätte sein Kaufinteresse mitgeteilt, dann später aber sein Angebot wieder zurückgezogen. Es sei eine Klage eingereicht worden, nachdem es offensichtlich gewesen sei, dass der Vermieter sich nicht an seine Zusage hielte. Für den Fall, dass der Mietvertrag mit der Spielhalle nicht mehr gekündigt werden könne, würde bei der Staatsanwaltschaft, der Polizei und der Verwaltung die Überzeugung bestehen, ein anderes Objekt zu suchen. Dies sei aber nur die zweitbeste Lösung. Die Verwaltung werde dann den Mietvertrag selber aufgrund arglistiger Täuschung anfechten. Eine Spielhalle sei eine unvereinbare Nutzung; das Haus des Jugendrechts verliere dadurch an Außenwirkung. Herr Kahlen weist darauf hin, dass es einen Rechtsanspruch auf die Baugenehmigung der Spielhalle gäbe, da sie planungsrechtlich nicht zu verhindern sei. Der Vermieter verträte zu Unrecht die Einstellung, dass durch die Erteilung der Baugenehmigung gleichzeitig auch das Einverständnis der Verwaltung gegeben worden sei, zivilrechtlich die Spielhalle zu akzeptieren. Die Baugenehmigung gelte unbeschadet Rechte Dritter. Die Verwaltung suche aber jetzt auf der Ebene des Mietvertrages zivilrechtliche Einwirkungsmöglichkeiten; nicht aber planungsrechtlich.

Auf Nachfrage von Frau Manderla erklärt Herr Kahlen, er könne zur Verfahrensdauer des Gerichts keine Einschätzung geben.

Auf Rückfrage von Herrn Hopfau antwortet Herr Kahlen, ursprünglich wäre vorgesehen, das Haus am 01.01.2009 bezugsfähig zu übernehmen. Aufgrund der damaligen Eilbedürftigkeit und der mündlichen Zusage des Vermieters sei der Verzicht auf unvereinbare Nutzungen des Mietobjekts nicht schriftlich im Mietvertrag fixiert worden. Er bedauere, dass die Zeit dafür gefehlt hätte. Herr Granizka ergänzt, durch die lange Vorlaufzeit der Polizei und der Staatsanwaltschaft wäre die Angelegenheit gefährdet gewesen.

Auf Rückfragen von Herrn Hess erläutert Herr Kahlen, der Stadt Köln obliege die Finanzierung, die einzelnen Institutionen seien organisatorisch und personell eingebunden. Es gäbe keine Landeszuschüsse, die gefährdet sein könnten.

Herr Görzel merkt an, nach seinem Kenntnisstand seien die Mietpreise im Umfeld geringer. Das gesamte Umfeld im Bereich Ringe und Barbarossaplatz habe in den letzten Jahren nachgelassen, sodass die Spielhalle dort ins Bild passe.

7.2 Hochwasserschutzzonen

Herr Görzel verweist auf seine Anfrage in der AVR-Sitzung vom 06.12.2010, TOP 7.6. Zwischenzeitlich hätte es Hochwasser gegeben und es lägen Beschwerden aus der Bevölkerung über ruppige Sicherheitskräfte vor, die Personen nicht zu ihren Angehörigen lassen würden. Er erwarte in der kommenden Sitzung einen Bericht.

7.3 Futtermittelskandal

Frau Manderla möchte in Bezug auf den Skandal mit der erhöhten Dioxinbelastung im Futtermittel in Deutschland erfahren, ob es Betriebe in Köln gäbe, die verseuchtes Futtermittel gekauft haben. Des Weiteren möchte sie wissen, wie stark die Lebensmittelkontrolleure und Lebensmittelkontrolleurinnen der Verwaltung ihren Aufgaben hinsichtlich dieses Problems nachkommen können. Es wäre im vergangenen Jahr bereits diskutiert worden, vermehrt Lebensmittelkontrolleure und Lebensmittelkontrolleurinnen einzusetzen.

Herr Kahlen verweist auf eine Antwort im Gesundheitsausschuss am 25.01.2011. Er habe keine Kenntnis von irgendwelchen Problemen.

7.4 Kölnmesse Oppenheim-Eschfond

Herr Wolter möchte erfahren, ob im Zusammenhang mit der gerichtlichen Auseinandersetzung in Bezug auf den Mietvertrag der Messehallen mit dem Oppenheim-Eschfond dem Ausschuss konkretere Informationen zum Sachstand vorgelegt werden.

Herr Kahlen erläutert, es gäbe bisher eine klare Aufgabenteilung. Es gäbe die eigenbetriebsähnliche Einrichtung, bei der für diese Mietverträge die entsprechende Verantwortung läge. In dieser Einrichtung liefen sämtliche Verhandlungen auf der neuen Geschäftsgrundlage beiderseitiger Kündigungen. Der ursprüngliche Vertrag sei damit nicht mehr gültig. Federführend sei der Betriebsausschuss und somit der Finanzausschuss. Bisher sei die Angelegenheit nicht in diesem Ausschuss besprochen worden. In der kommenden Sitzung des Finanzausschusses würde Frau Klug zu diesem Thema berichten. Diese Zuständigkeitsregelung solle auch weiterhin beibehalten werden.

Herr Granitzka ergänzt, alle nötigen Informationen seien der Berichterstattung zu entnehmen. Die Verwaltung könne darüber hinaus keine weiteren neuen Auskünfte geben.

Auf den Hinweis von Herrn Hess entgegnet Herr Kahlen, die eigenbetriebsähnliche Einrichtung sei grundsätzlich organisatorisch verselbstständigt. Die Stadt sei zwar Beklagte und der Oberbürgermeister sei der Chef für diesen Bereich; aber es gäbe organisatorische Sonderregelungen. Dieser Rechtsstreit werde nicht vom Rechtsamt geführt, sondern von der Einrichtung. Diese Regelung beruhe auf der Gemeindeordnung, der Eigenbetriebsverordnung und der Satzung für diese Einrichtung, die sich auch in der Zuständigkeitsfrage widerspiegeln. Die politische Führung und Steuerung liefe über den Finanzausschuss als Betriebsausschuss. Er bittet, die auf Ratsseite durch die Betriebssatzung festgelegte Konzentration auf den Betriebsausschuss anzuerkennen; es sei so in den Regelwerken festgelegt. Andernfalls müsse die Satzung geändert werden.

Herr Granitzka bittet zu prüfen, ob der AVR beteiligt oder zumindest von den näheren Umständen in Kenntnis gesetzt werden muss.

8 Anträge

9 Platzvergaben

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Leitbild Köln 2020 Leitlinien für ein soziales Köln - 1. Entwicklungsbericht 2225/2010

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales vertagt die Vorlage vor Eintritt in die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.2 Verordnung zur Änderung der Rechtsverordnung über die Beförderungsentgelte für den Verkehr mit den in der Stadt Köln zugelassenen Taxen - Kölner Taxitarif - 3345/2010

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales vertagt die Vorlage vor Eintritt in die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10.3 Nachbesetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit 5126/2010

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat benennt als Nachfolgerin für Frau Dr. Klein:

Frau Henriette Reker

als ordentliches Mitglied in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Köln, für die seit 01.07.2010 laufende 12. Amtszeit des Ausschusses, längstens jedoch für die Dauer der Zugehörigkeit zur Stadtverwaltung Köln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.4 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See
Parkraumbewirtschaftung für den Zeitraum 2011 - 2014
0013/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales vertagt die Vorlage vor Eintritt in die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**10.5 Sport- und Erholungsanlage Fühlinger See
Sanitäre Versorgung der Besucher für den Zeitraum 2011 - 2014
0015/2011**

Beschluss:

Der Ausschuss AVR/Vergabe/Internationales vertagt die Vorlage vor Eintritt in die Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Granitzka
Vorsitzender

Ertel
stellvertretende Schriftführerin